

Interview mit Peter Buomberger und Daniel Piazza zum Buch «Wer finanziert die Schweizer Politik?»

Gerne können Sie dieses schriftliche Interview (oder Teile davon) für Ihre Publikation verwenden. Wir freuen uns über einen Beleg nach Erscheinen.

1) Welche Erkenntnisse zur Politikfinanzierung haben Sie beim Erarbeiten des Buches besonders überrascht?

Überrascht haben uns mit Blick auf das Wahljahr 2019 und das Nicht-Wahljahr 2020 vor allem die finanzielle Stärke der links-grünen NGOs. Natürlich war das Jahr 2020 mit dem Jagdgesetz und der KVI ein spezielles Kampagnenjahr. Und doch waren wir überrascht zu sehen, dass zumindest in den beiden analysierten Jahren die links-grünen NGOs finanzstärker waren als die bürgerlichen NGOs. Nicht in dieser starken Akzentuierung erwartet haben wir, dass die Parteien insgesamt in den beiden Jahren nur rund halb so finanzstark waren wie die NGOs.

2) Was unterscheidet die Politikfinanzierung in der Schweiz mit derjenigen von anderen Ländern?

Die Parteienfinanzierung in der Schweiz basiert zu 90% auf privater Basis, also auf Mitgliederbeiträgen, Spenden für Abstimmung, Beiträgen von Unternehmungen etc. Die staatliche Finanzierung macht lediglich rund 10% der totalen Einnahmen aus. Die meisten westeuropäischen Länder hatten ursprünglich ebenfalls ein System mit privater Finanzierung. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurde aber der staatliche Anteil mit dem Argument der Public-Policy-Funktion der Politik und der besseren Transparenz der Mittelherkunft kontinuierlich erhöht: Bis zu 80 Prozent der Einnahmen machen die staatlichen Gelder bisweilen aus. Ein internationaler Vergleich zeigt, wohin die staatliche Finanzierung der Politik führt, nämlich zu einer enormen Verteuerung der Politikkosten je Wähler und zu einer ausufernden Bürokratie. Fast wichtiger noch, es resultierte eine aus demokratischer Sicht unerwünschte Machtverschiebung von den Bürgern zur Politik und zur Verwaltung. Die so subventionierten Politakteure geraten in eine problematische Abhängigkeit vom Staat, der sie finanziert.

3) Weshalb sehen Sie die Transparenzvorschriften, welche ab 2023 eingeführt werden als ungeeignet an?

Aus unserer Sicht sind die neuen Transparenzvorschriften aus zwei Gründen problematisch. Zum einen, weil sie zwar die Offenlegung aller Arten von Kampagnen, nicht aber aller Politakteure abdecken. Sie beinhalten Vorschriften zu den Beiträgen an Parteien und Komitees, inklusive Abstimmungen sowie Wahlkampagnen von Nationalräten und Ständeräten. NGOs verschiedenster Couleur sind damit an weniger Offenlegungspflichten gebunden als die Parteien. Die Parteien müssen ihre Budgets offenlegen, NGOs nicht.

Zum anderen liegt das Problem der neuen Vorschriften darin, dass sie auf einem Ansatz mit absoluten Beträgen ohne jegliche Berücksichtigung derer Relevanz für die Bürger basiert. Zum Beispiel müssen Beiträge ab 15 000 Franken an eine Partei, einen Wahlkampf oder für eine Abstimmungskampagne öffentlich deklariert werden. Der erwartete Nutzen einer solchen Regelung wiegt die Nachteile der in diesem Fall teilweise unnötig aufgehobenen Privatsphäre nicht auf. Darum schlagen wir stattdessen das Konzept der funktionalen Transparenz vor. Verschiedene Schwellenwerte für die Offenlegung sollten nicht mehr als Frankenbeträge, sondern als Prozentsatz der Einnahmen des jeweiligen Politakteurs, definiert werden. Damit wird der

Aspekt einer möglichen Beeinflussbarkeit durch Spender erfasst und die Öffentlichkeit erhält dank der Offenlegung entscheidungsrelevante Informationen.

4) Welche Folgen erwarten Sie für die Politikfinanzierung, wenn die neuen Transparenzregeln 2023 eingeführt werden?

Wir glauben, dass damit ungleich lange Spiesse im Fundraising-Markt für Politikfinanzierung entstehen könnten. Die sind durch die Regeln benachteiligten Parteien könnten mittel- bis langfristig zu wenig Geld haben und geneigt oder gezwungen sein, die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit zu erhöhen. Das führt uns zum Schluss, dass die heute weitestgehend private Politikfinanzierung der Schweiz geschwächt oder gar gefährdet sein könnte. Wenn auch vielleicht nur teilweise und schrittweise, aber es geht auf jeden Fall in die falsche Richtung.

5) Sie sprechen im Buch vom Konzept der «funktionalen Transparenz». Können Sie dieses kurz erklären?

Das Konzept der funktionalen Transparenz besagt, dass zusätzliche Informationen nur dann sinnvoll, wenn sie dem Entscheidungsträger den Entscheid erleichtern und verbessern. Auf die Politikfinanzierung angewendet heisst dies, dass zusätzliche Transparenz dann sinnvoll ist, wenn sie den Entscheid der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erleichtert oder beeinflusst. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn ein Geldgeber versucht, durch seinen Mitteleinsatz versteckten Einfluss auf einen Politakteur – verbunden mit Eigennutz – zu gewinnen. Konkret heisst das, dass es Sinn macht, Spenden über einem gewissen Prozentanteil des Budgets oder Spenden mit klaren politischen Forderungen transparent zu machen. Transparenz macht wenig Sinn, wenn sie beispielsweise für einen absoluten Beitrag ab 15'000 Franken gefordert wird bei einem Gesamtbudget des entsprechenden Politakteurs von 5 Millionen Franken. Wird dieser Betrag allerdings einem Politakteur gespendet, der nur über ein Budget von 50'000 Franken verfügt, macht Transparenz Sinn. Zuviel (unrelevante) Transparenz kann auch verwirrend sein und ist mit einem enormen bürokratischen Aufwand verbunden. Wichtiger aber ist, dass unnötigerweise veröffentlichte Informationen die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger verletzen, ohne geschützte Privatsphäre gibt es jedoch keine direkte Demokratie.

6) Die Grundhaltung im Buch ist eine bürgerliche, Sie befürworten u.a. höhere Steuerabzugs-Möglichkeiten für politische Zuwendungen. Sind Ihre Tipps nur für Bürgerliche anwendbar oder für das gesamte politische Spektrum? Warum?

Die Grundhaltung unserer Analyse ist eine ökonomisch rationale, nicht eine ideologische. Die Tipps im letzten Kapitel sind sicher für alle Politakteure wertvoll. Was wir aber aufgrund der negativen Erfahrungen im Ausland mit der staatlichen Politikfinanzierung nicht empfehlen, ist beim Staat anzuklopfen und mehr Mittel zu verlangen.

7) Welche politischen Akteure in der Schweiz verfügen über die meisten Ressourcen? Sind alle Interessenfelder genügend vertreten?

Die Schwankungen von Jahr zu Jahr sind zum Teil beträchtlich. Das hat hauptsächlich mit der unterschiedlichen Anzahl sowie finanziellen Grössenordnungen von Abstimmungskampagnen zu tun. Am besten für den Vergleich eignet sich ein Wahljahr. Im letzten Wahljahr 2019 verfügten die Bundesparteien über ein kumuliertes Budget von rund 21 bis 22 Millionen Franken. Das kumulierte Budget aller links-grünen sowie bürgerlichen NGOs für Politik und Kampagnen betrug rund 41 bis 43 Millionen Franken. NGOs verfügten im Jahr 2019 kumuliert also um ein rund doppelt so hohes Budget wie die Parteien.

Grundsätzlich herrscht im Fundraising-Markt der Schweizer Politik Wettbewerb. Das ist gut und richtig so. Es ist nicht an uns, zu beurteilen, ob alle Interessensfelder genügend vertreten oder finanziert sind. Im Rahmen dieses Wettbewerbs ist es alleine Sache der Spenderinnen und Spender zu entscheiden, wen sie finanziell unterstützen wollen. Unser Anliegen ist, dass alle Politakteure und alle Arten von Kampagnen gleiche Offenlegungsvorschriften haben.

8) Sind Spenden wertfrei? Ist es egal woher das Geld kommt, also ist die Spende einer Grossbank genauso problemlos wie die Spende einer Privatperson?

Spenden sind sicher mit Erwartungen verbunden. Der Spender erwartet, dass der Politakteur die von ihm propagierten Positionen vertritt, dies vor allem im Parlament bei den gesetzgeberischen Aktivitäten. Der Spender erwartet damit implizit auch, dass seine Wertvorstellungen in den politischen Prozess einfließen. Spenden sind also nicht wertfrei, das sollen sie auch nicht sein. Die Aufgabe der Politakteure ist es ja genau, den Willen und die Wertvorstellungen der Wählerinnen und Wähler beim Gesetzgebungsprozess einfließen zu lassen. Problematischer sind Spenden, mit denen Anliegen mit klaren Eigeninteressen des Spenders verfolgt werden. Nicht dass dies nicht erlaubt werden soll, aber es muss absolut transparent sein, so dass die Wähler ihren Entscheid in Kenntnis aller relevanten Informationen treffen können.

Die Autoren

Peter Buomberger (*1950), Dr. rer. pol., Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Basel; Post-Doc Studium an der Universität Chicago (1979/80); Berufstätigkeit als Ökonom und Public-Affairs-Verantwortlicher in leitenden Stellungen im Finanzsektor; Diplomat im Rang eines Botschaftsrats in Washington DC, Gründungsdirektor des Center for Corporate Responsibility an der Universität Zürich (2003/04) und Mitglied des nationalen Forschungsrates (1993-1998). Arbeitet heute als frei schaffender Wirtschafts- und Finanzberater.

Daniel Piazza (*1978), Dr. rer. soc. HSG, Studium Banking and Finance an der Universität St. Gallen, Promotion im Bereich Public Management. Er ist Partner bei Dynamics Group und Berater für politische Kommunikation und Fundraising. Er war Geschäftsführer und Finanzchef der CVP Schweiz (heute: Die Mitte) sowie Head Corporate Communications & Public Affairs bei CKW. Seit 2015 Mitglied des Luzerner Kantonsrats und Vizefraktionspräsident von Die Mitte.

Das Buch



Peter Buomberger, Daniel Piazza: **Wer finanziert die Schweizer Politik?** – Auf dem Weg zu mehr Transparenz und Demokratie. Mit 14 Tipps für politisches Fundraising NZZ Libro, Basel, 2022. 280 S., 60 Grafiken und Tabellen, 15 x 22 cm, broschiert.
Fr. 34.– (UVP) / € (D) 34.– / ISBN 978-3-907291-69-6